



Geschäfte des EFD 2017

1. Quartal

Bundesfinanzen

- **Schuldenbremse:** Im Auftrag des Bundesrates hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) eine Expertengruppe zur Überprüfung der Schuldenbremse eingesetzt. Diese soll in einem Bericht beurteilen, wie strukturelle Überschüsse zur Erhöhung des Handlungsspielraums im Budget verwendet werden können. Aktuell fließen strukturelle Überschüsse automatisch in die Schuldenreduktion. (23.02.)
- **Rechnung 2016:** Der Bundesrat hat das Ergebnis der Rechnung 2016 zur Kenntnis genommen und den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Im Jahr 2016 schliesst der Bundeshaushalt mit einem ordentlichen Überschuss von rund 0,8 Milliarden Franken ab. Ohne die Auswirkungen der Negativzinsen hätte ein Defizit resultiert. Die aktualisierten Zahlen für die Jahre 2018–2020 zeigen nach wie vor hohe strukturelle Defizite. Der Bundesrat hat Massnahmen eingeleitet, damit im Voranschlag 2018 die Schuldenbremse eingehalten werden kann. (23.02.)
- **Finanzlage der öffentlichen Haushalte:** Die öffentlichen Haushalte schliessen 2015 zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder positiv ab. Zum guten Ergebnis trugen in erster Linie die hohen Überschüsse des Bundes und der Sozialversicherungen bei. Auch 2016 kann voraussichtlich mit einem Überschuss gerechnet werden. Die Einnahmen von Bund und Sozialversicherungen nehmen zwar nur geringfügig zu, aber die Situation bei den Kantonen hellt sich spürbar auf. 2017 dürfte der Gesamtstaat erneut einen positiven Saldo erzielen. Trotz dieser verhalten optimistischen Lage kann bei den öffentlichen Finanzen in den nächsten Jahren nur teilweise mit einer weiteren Entschuldung gerechnet werden. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (06.03.)
- **Nachtrag I:** Der Bundesrat hat den Nachtrag I zum Voranschlag 2017 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament neun Nachtragskredite von insgesamt 37 Millionen Franken. Die Nachtragskredite führen im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,03 Prozent. (22.03.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **DaziT:** Der Bundesrat hat die Botschaft für eine umfassende Modernisierung und Vereinfachung sämtlicher Prozesse der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) verabschiedet (Programm DaziT). Die Erreichung dieses Ziels setzt eine Gesamterneuerung der Informatik-Landschaft in der EZV voraus. Dazu wird ein Gesamtkredit von rund 400 Millionen Franken beantragt. Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung sollen dank durchgängig digitalisierter Prozesse von wesentlichen Erleichterungen profitieren. (15.02.)
- **„Statische Treuhandgesellschaften“:** Italienische Treuhandgesellschaften, die der Steuersicherung dienen (Fiduciarie statiche), sollen von der Umsatzabgabe befreit

werden. Das hat der Bundesrat beschlossen und die entsprechende Botschaft verabschiedet. Stimmt das Parlament zu, werden Schweizer Banken, die italienische Vermögen verwalten, nicht länger durch mehrfach erhobene Umsatzabgaben benachteiligt. Die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der Banken im Kanton Tessin würde damit gestärkt. (15.02.)

- **Beschaffungsrecht:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) verabschiedet. Ein Hauptziel der Revision ist die Harmonisierung der Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen. Parallel dazu hat der Bundesrat auch die Botschaft zum revidierten WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen von 2012 (GPA) verabschiedet. Das neue Abkommen verbessert Transparenz und Marktzugang und ersetzt das ursprüngliche Abkommen von 1994. (15.02.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Liquiditätsverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Vernehmlassung zur Änderung der Liquiditätsverordnung (LiqV) eröffnet. Mit der Revision sollen die Vorgaben der internationalen Rahmenvereinbarung Basel III zur langfristigen Finanzierung von Banken (Net Stable Funding Ratio, NSFR) umgesetzt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 10. April 2017. (10.01.)
- **Wehrpflichtersatzabgabe:** Im Zuge der Weiterentwicklung der Armee (WEA) soll auch die Wehrpflichtersatzabgabe an die Dienstpflichtdauer angepasst werden. Eine Abschluss-Ersatzabgabe soll sodann bei jenen erhoben werden, die nicht sämtliche Dienstage geleistet haben. Der Bundesrat hat beschlossen, zu diesen und weiteren Änderungen des Wehrpflichtersatzgesetzes (WPEG) die Vernehmlassung zu eröffnen. Die Änderungen sollen per 1. Januar 2019 in Kraft treten. (11.01.)
- **Fintech-Regulierung:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu Änderungen des Bankengesetzes und der Bankenverordnung im Bereich Fintech eröffnet. Mit der Revision sollen Markteintrittshürden für Fintech-Unternehmen verringert und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 8. Mai 2017. (01.02.)
- **AIA:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) mit zusätzlichen Ländern eröffnet. Das Inkrafttreten des AIA ist auf den 1. Januar 2018 vorgesehen, sodass ein erster Datenaustausch 2019 stattfinden wird. Die Vernehmlassung dauert bis zum 13. April 2017. (02.02.)
- **Finanzmarktinfrastrukturverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Vernehmlassung zu einer Änderung der Finanzmarktinfrastrukturverordnung eröffnet. Mit der Revision sollen die schweizerischen Vorschriften zum Austausch von Sicherheiten an die nunmehr feststehenden Regelungen der EU angeglichen werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 13. April 2017. (13.02.)
- **Einlegerschutzsystem:** Der Bundesrat hat entschieden, dass das Einlegerschutzsystem durch eine Reihe von Massnahmen gestärkt werden soll. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, bis Ende November 2017 eine Vernehmlassungsvorlage zur Änderung der entsprechenden Gesetze auszuarbeiten. (15.02.)
- **Elektronische Identität:** Geschäftsprozesse werden immer häufiger in die digitale Welt verlagert. Damit auch anspruchsvollere Geschäfte online abgewickelt werden können, brauchen die Geschäftspartner Vertrauen in die Identität ihres Gegenübers. Der Bundesrat will deshalb rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und deren Anbieter schaffen. Er hat die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) eröffnet. Die Vernehmlassung dauert bis zum 29. Mai 2017. (22.02.)

- **NAF:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision verschiedener Verordnungen eröffnet. Die Verordnungsänderungen stehen mehrheitlich in einem direkten Zusammenhang mit den von der Bundesversammlung beschlossenen Rechtsänderungen zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Die Vernehmlassung dauert bis am 30. Juni 2017. (22.03.)

Internationales

- **Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten:** Der Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in der Schweiz ist mit den offiziellen Gesprächen beider Delegationen fortgesetzt worden. Bei den Gesprächen definierten beide Seiten Themenfelder zur weiteren Vertiefung der politisch und wirtschaftlich engen Beziehungen. Im Rahmen des Besuchs wurden mehrere Vereinbarungen unterzeichnet, darunter ein Kultur-Abkommen, ein Abkommen, das im Zollbereich wirksam wird, und eine Absichtserklärung im Energiebereich. (16.01.)
- **Ukraine:** Anlässlich eines bilateralen Treffens am WEF in Davos hat Bundespräsidentin Doris Leuthard den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko darüber unterrichtet, dass die Schweizer Nationalbank in den nächsten Wochen eine erste Kredittranche über 100 Millionen US-Dollar an die Notenbank der Ukraine überweisen wird. Diese Tranche ist Teil eines bilateralen Kredites, den die Schweiz der Ukraine im Rahmen des vom IWF koordinierten multilateralen Währungshilfeprogramms gewährt hat. (20.01.)
- **Zollfreilager:** Bundesrat Ueli Maurer und der französische Minister für Wirtschaft und Finanzen, Michel Sapin, haben das schweizerische Zollfreilager in Embrach (ZH) besucht. Dabei hat Bundesrat Maurer seinem Amtskollegen den Nutzen dieser Zollfreilager für die Volkswirtschaft aufgezeigt. (20.01.)
- **Flughafen Basel-Mülhausen:** Der Bundesrat genehmigte das Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über das Steuerregime am Flughafen Basel-Mülhausen sowie eine Vereinbarung über die Entschädigung des Aufwands der französischen Flugaufsichtsbehörde im Schweizer Sektor des Flughafens. (25.01.)
- **Exporte:** Nach einem Rückgang im Vorjahr wuchs der Aussenhandel im 2016 wieder, wobei die Chemisch-Pharmazeutischen Produkte die Entwicklung prägten. Die Exporte stiegen insgesamt um 3,8 % (real: - 0,8 %) auf rekordhohe 210,7 Mrd. Fr. Die beiden anderen grossen Sparten – Maschinen und Elektronik sowie Uhren – konnten indes nicht am Wachstum teilhaben. Die Importe nahmen um 4,1 % (real: + 1,2 %) auf 173,2 Mrd. Fr. zu. Der Überschuss in der Handelsbilanz erreichte einen neuen Rekord (37,5 Mrd. Fr.). (26.01.)
- **SIF-Bericht:** Die Schweiz soll weiterhin über bestmögliche Rahmenbedingungen für einen sicheren und wettbewerbsfähigen Finanzplatz verfügen. In der Zukunft sollen nationale Handlungsspielräume daher noch konsequenter ausgeschöpft und die Rahmenbedingungen am Finanzstandort Schweiz zukunftsgerichteter und effizienter ausgestaltet werden. Der aktuelle Bericht über internationale Finanz- und Steuerfragen informiert über die Aktivitäten in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Engagement in internationalen Finanzgremien und internationale Steuerpolitik im Jahr 2016 und liefert einen Ausblick über anstehende Herausforderungen. (02.02.)
- **Neue Kreditvereinbarungen des IWF:** Der Bundesrat hat die Fortführung der Teilnahme der Schweiz an den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des Internationalen Währungsfonds (IWF) genehmigt. Die NKV stellen einen Teil des finanziellen Sicherungsnetzes des IWF dar, das in schweren Krisenfällen aktiviert werden kann. (15.02.)
- **Personal der EZV vereidigt:** In der St. Ursen-Kathedrale in Solothurn sind rund 500 Mitarbeitende der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) vereidigt worden. Die Vereidigung wurde aufgrund des revidierten Zollgesetzes, welches am 1. August 2016 in Kraft getreten ist, nötig. (24.02.)

- **Umweltaspekte in der Finanzmarktpolitik:** Nachhaltigkeit ist auch für die Finanzmärkte wichtig. Der Bundesrat wurde über die relevanten nationalen und internationalen Entwicklungen im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit in der Finanzmarktpolitik sowie das Engagement des Bundes informiert. Zwischen den zuständigen Behörden und der Branche findet zu diesem Thema ein regelmässiger Informations- und Meinungsaustausch statt, zuletzt Ende Februar 2017. (03.03.)
- **Zollverwaltung 2016:** Migration, grenzüberschreitende Kriminalität und Schmuggel haben die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) auch 2016 stark gefordert. Mit rund 22 Mia. Franken sind die Einnahmen erneut leicht angestiegen (2015: 21,7 Mia.). Nachdem die rechtswidrigen Aufenthalte im Vorjahr bereits einen Rekordwert erreicht hatten, sind sie 2016 nochmals angestiegen auf 48'838. Das Grenzwachtkorps (GWK) hat über 7300 zur Verhaftung ausgeschriebene Personen angehalten. Im Reiseverkehr waren über 33'500 Schmuggelfälle zu verzeichnen. Ab 2018 werden die Zollprozesse im Rahmen des Programms DaziT vollständig digitalisiert. Der Bundesrat hat die entsprechende Botschaft Mitte Februar zu Händen der eidgenössischen Räte verabschiedet. (07.03.)
- **Treffen der G20-Finanzminister:** Bundesrat Ueli Maurer nahm am Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter deutscher G20-Präsidentschaft in Baden-Baden teil. Begleitet wurde er von Nationalbankpräsident Thomas Jordan. Besprochen wurden am Treffen insbesondere die globale Wirtschaftslage, die Geld- und Währungspolitik, die Haushaltspolitik, Strukturreformen, der freie Kapitalverkehr sowie die Steuer- und Finanzmarktregulierungsagenda. Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements führte am Rand des Treffens zudem bilaterale Gespräche. (18.03.)
- **Online-Portal zur AIA-Registrierung der Finanzinstitute:** Auf dem Portal ESTV SuisseTax steht die erste Funktion für den automatischen Informationsaustausch (AIA) zur Verfügung. Meldende schweizerische Finanzinstitute können dort ihre Registrierungspflicht wahrnehmen. Damit 2018 erstmals Daten im Rahmen des AIA ausgetauscht werden können, müssen sich meldende schweizerische Finanzinstitute bis Ende 2017 registrieren. (20.03.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Pakistan:** Die Schweiz und Pakistan haben in Islamabad ein neues Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen unterzeichnet. (21.03.)
- **Besuch des serbischen Finanzministers:** Bundesrat Ueli Maurer empfing den serbischen Finanzminister Dušan Vujović zu einem Besuch in Bern. Die beiden Finanzminister erörterten finanz- und wirtschaftspolitische Fragen sowie die Zusammenarbeit in den Bretton-Woods-Institutionen. Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahm ebenfalls am Gespräch teil. (24.03.)
- **Arbeitsbesuch beim polnischen Finanzminister:** Bundesrat Ueli Maurer weilte zu einem Arbeitsbesuch bei seinem polnischen Amtskollegen Mateusz Morawiecki. Erörtert wurden beim Treffen finanz- und wirtschaftspolitische Fragen sowie die Zusammenarbeit in den internationalen Finanzinstitutionen. (27.03.)

Reformprojekte des Bundesrates

- **Neue Steuervorlage:** Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, die inhaltlichen Eckwerte für eine neue Steuervorlage im Nachgang zur Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform bis spätestens Mitte 2017 auszuarbeiten. Ziel bleibt die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. (22.02.)
- **Steuervorlage 17:** Das Eidgenössische Finanzdepartement treibt die Arbeiten zu einer neuen Vorlage zur Unternehmensbesteuerung unter dem Titel Steuervorlage 17 (SV17) zügig voran. Bei der Kickoff-Sitzung des Steuerungsorgans wurde

beschlossen, dass bei der Erarbeitung der Neuauflage Städte und Gemeinden eng miteinbezogen werden. (02.03.)

Wichtige Verordnungen

- **Konzernfinanzierung:** Der Bundesrat will Finanzierungstätigkeiten von Konzernen in der Schweiz stärken. Er hat der Änderung der Verrechnungssteuerverordnung zugestimmt. Die Änderungen treten am 1. April 2017 in Kraft. (10.03.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte 2016 mit ihren zwei Anlagestrategien auf dem gesamten Anlagevermögen von rund 37 Milliarden Schweizer Franken eine geschätzte netto Gesamtrendite von 5,06%. Damit erreichte PUBLICA – nach einem schwierigen Anlagejahr 2015 (mit einer netto Gesamtrendite von minus 1,93%) – wieder annähernd das erfreuliche Niveau von 2014 (5,87%). Mit 2,4% lieferten Investitionen in Industrieländern 2016 den grössten Beitrag an die Gesamtperformance, gefolgt von Investitionen in Schwellenländern mit 1,6%. Der durchschnittliche Deckungsgrad aller 20 Vorsorgewerke, die der Sammeleinrichtung angeschlossen sind, betrug Ende 2016 schätzungsweise 103%. (17.01.)
- **Personalbefragung 2016:** Die Bundesverwaltung hat nach wie vor engagierte Mitarbeitende mit einer hohen Leistungsbereitschaft. Dies zeigen die Ergebnisse der Personalbefragung 2016, über die der Bundesrat informiert worden ist. (25.01.)
- **Beirat Zukunft Finanzplatz:** Der Bundesrat ist über den Jahresbericht des Beirates Zukunft Finanzplatz informiert worden. In seinem ersten vollen Tätigkeitsjahr legte der Beirat einen Fokus auf den Bereich Digital Finance. Daneben befasste er sich mit einer Reihe von weiteren Themen von strategischer Bedeutung für die Finanzbranche und die Volkswirtschaft. (25.01.)
- **Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lanciert zwei neue Sondermünzen für Sammler und Liebhaber. Mit der Bimetallmünze «Enzian» gelangt die zweite Ausgabe der dreiteiligen Serie «FLORA ALPINA» zur Ausgabe. Thema der Silbermünze ist das Jubiläum «500 Jahre Reformation». (26.01.)
- **Verrechnungssteuer:** Am 15. Februar 2017 tritt die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. Innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten können Gesellschaften nun auf Gesuch hin bereits bezahlte Verzugszinsen zurückfordern, die sie entrichten mussten, weil sie konzerninterne Dividendenzahlungen nach Ablauf der 30-tägigen Frist der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) gemeldet hatten. (01.02.)
- **FISCAL-IT:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat eine neue Kostenschätzung zum Informatikprogramm FISCAL-IT erstellt. Diese ergab einen zusätzlichen Mittelbedarf von 26 Millionen Franken bis zum Ende des Programms 2018. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) ermächtigt, im Rahmen des Nachtrages I zum Voranschlag 2017 18 Millionen Franken zu beantragen. Für 2018 werden weitere 8 Millionen Franken benötigt. (15.02.)
- **Rechenzentren-Verbund:** Der Bundesrat hat die nächsten Schritte im Rechenzentren-Verbund beschlossen. Er hat die Botschaft über die Migration und den Umzug ins Rechenzentrum «CAMPUS» verabschiedet und an die eidgenössischen Räte weitergeleitet. Ausserdem hat er das Konzept für den Betrieb des ganzen Rechenzentren-Verbunds ab 2020 genehmigt. (22.02.)
- **Privatisierung von Alcosuisse:** Der Bundesrat hat die Bilanz genehmigt, auf deren Grundlage das Profitcenter Alcosuisse der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in die alcosuisse ag überführt wird. Zudem hat er die für die darauffolgende Privatisierung der alcosuisse ag nötigen Gesetzesbestimmungen des teilrevidierten Alkoholgesetzes (nAlkG) mit Rückwirkung auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Das eigentliche Verkaufsverfahren wird voraussichtlich Mitte Jahr eröffnet. (10.03.)

- **Personalreporting:** Mit dem Reporting Personalmanagement informiert der Bundesrat jährlich über die Entwicklung im Personalbereich der Bundesverwaltung. Er hat die Berichterstattung über das Jahr 2016 gutgeheissen. Diese beruht erstmals auf den neuen Vorgaben für die Strategieperiode 2016–2019. (10.03.)
- **Mehrsprachigkeit:** „Kann der Sport die Mehrsprachigkeit fördern?“ Unter dieser Frage stand die diesjährige Diskussionsrunde, zu der die Delegierte des Bundes für Mehrsprachigkeit Nicoletta Mariolini Vertreterinnen und Vertreter aus Spitzensport, Sport-Marketing und öffentlicher Verwaltung in den Bernerhof geladen hat. Die Veranstaltung, die in Bern stattfand, zeigte anhand von Erfahrungsberichten auf, wie sich Sport und Mehrsprachigkeit gegenseitig beeinflussen, ergänzen und stärken können. „Der Sport verbindet Menschen über die Sprachgrenzen hinweg und trägt so zu einer gelebten Mehrsprachigkeit im Alltag bei“, betonte der Bundesrat Ueli Maurer zur Eröffnung des Anlasses. (14.03.)
- **Organisationsanpassung und Personalreduktion im BIT:** Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) sieht sich gezwungen, in gewissen Bereichen Personalreduktionen vorzunehmen. Es trägt damit auch den vom Parlament beschlossenen Budgetkürzungen im Personalbereich Rechnung. Unabhängig davon rüstet sich das BIT mit Blick auf das Vorhaben DaziT der Eidgenössischen Zollverwaltung EZV für die Bewältigung von neuen Grossvorhaben und passt seine Organisation strukturell an. (15.03.)
- **IKT-Strategie des Bundes:** Der Bundesrat hat den strategischen IKT-Controllingbericht per 31. Dezember 2016 zur Kenntnis genommen, der den Stand der Umsetzung der IKT-Strategie 2016-2019 dokumentiert. Er hat zudem fünf zusätzliche IKT-Vorhaben als IKT-Schlüsselprojekte festgelegt. Diese werden ab jetzt periodisch einer unabhängigen Prüfung durch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) unterzogen. (22.03.)
- **„Work Smart Initiative“:** Die «Work Smart Initiative» fördert flexibles und ortsunabhängiges Arbeiten. Auch die Arbeitgeberin Bundesverwaltung unterstützt dieses wichtige Anliegen. Bereits heute arbeiten zahlreiche Mitarbeitende der Bundesverwaltung mobil. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, der «Work Smart Initiative» beizutreten. (22.03.)
- **Open Source:** Der Bundesrat hat zwei Berichte zum Thema Open-Source-Software (OSS) verabschiedet. In Erfüllung des Postulats 14.3532 von Nationalrätin Edith Graf-Litscher und des Postulats 14.4275 von Nationalrat Balthasar Glättli nahm der Bundesrat eine Standortbestimmung zur OSS-Strategie vor und prüfte, ob eine Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) notwendig ist. (22.03.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Frühlingssession verabschiedete Vorlagen

- **Geschäftsautos:** Bei der Beschränkung des Pendlerabzuges soll es für Inhaberinnen und Inhaber von Geschäftsautos eine neue Regelung geben, um sie steuerlich und administrativ zu entlasten. Konkret soll die Nutzung des Geschäftsfahrzeuges auf dem Arbeitsweg nicht als Einkommensteil versteuert werden müssen. Die Kommission schlug vor, dass dies mit den 9,6 Prozent des Autokaufpreises abgegolten ist, die die Inhaber der Fahrzeuge für die private Nutzung des Autos versteuern. Der Nationalrat unterstützte eine vom Ständerat gutgeheissene Motion in abgeänderter Form. (27.02.)
- **Grenze:** Der Nationalrat fordert, dass an sämtlichen Grenzübergängen Kameras zur automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung installiert werden. Er hat eine Motion aus den Reihen der CVP angenommen, mit 100 zu 89 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Bundesrat Ueli Maurer argumentierte vergeblich, für eine flächendeckende Verkehrsüberwachung fehlten die Mittel. Eine Überwachung ohne

Interventionsmöglichkeit durch eine Patrouille bringe nämlich nichts, gab er zu bedenken. Ein Ausbau des Systems sei aber geplant. Laut Maurer sollen bis 2018 zu den bestehenden 200 Kameras 100 weitere installiert werden. Die Motion geht nun an den Ständerat. (27.02.)

- **Steuern:** Der Bundesrat soll es Unternehmen bei den Bundessteuern ermöglichen, Rückstellungen von mindestens 80 Prozent des steuerbaren Gewinns für Forschung und Entwicklungen zu machen. Der Nationalrat unterstützte dazu eine Motion von Jacqueline Badran (SP/ZH). Sie argumentierte, dass kleine und mittelgrosse Unternehmen zu Zeiten, da sie wenige Aufträge hätten, Personal zur Verfügung hätten, um Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Das Gesetz lasse solche Rückstellungen nur zu, wenn die Aufträge an Dritte vergeben würden. Zudem sei der Abzug auf 10 Prozent des steuerbaren Gewinns beschränkt. Nun ist der Ständerat am Zug. Der Bundesrat hatte sich gegen die Motion ausgesprochen. (27.02.)
- **Regulierungskosten:** Der Nationalrat hat ein Zeichen für die Reduktion von Regulierungskosten gesetzt. Er nahm zwei Vorstösse aus den Reihen der SVP an. Zum einen sollen IT-Systeme beim Zoll dazu beitragen, dass Zoll-Veranlagungsverfahren effizienter werden und die Unternehmen entlastet werden. Darüber muss noch der Ständerat befinden. Zum anderen hat der Nationalrat den Bundesrat mit einem Postulat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Vorschläge zur Harmonisierung von Verfahren, Fristen und Zahlungsintervallen zu erarbeiten, um die Regulierungskosten bei der Unternehmensbesteuerung zu senken. Finanzminister Ueli Maurer argumentierte vergeblich, beide Vorstösse seien im Kern erfüllt. (27.02.)
- **Finanzausgleich:** Das Parlament soll den Finanzausgleich nachjustieren können, wenn es alle vier Jahre über die Beiträge der ressourcenstarken Kantone und des Bundes sowie über den Grundbeitrag für den Lastenausgleich befindet. Der Nationalrat hat eine Motion unterstützt, als nächstes ist nun der Ständerat am Zug. Alle vier Jahre lege der Bundesrat einen Wirksamkeitsbericht über den Finanz- und Lastenausgleich vor, führte Motionär Olivier Feller (FDP/VD) aus. Dabei könnten die Räte zwar über die Beiträge befinden, aber keine Korrekturen am Finanzausgleichsgesetz (FiLaG) anbringen. Das sei nicht zufriedenstellend. (27.02.)
- **Trusts:** Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat, zu prüfen, ob Trusts als Rechtsinstitut ins Privatrecht aufgenommen werden sollen. Ebenso soll eine Anpassung des Steuerrechts analysiert werden. Er überwies mit 123 zu 67 Stimmen ein Postulat der FDP-Fraktion. Trusts würden als Instrument zur Nachlassplanung und zur Erhaltung grosser Vermögen immer beliebter, argumentiert die FDP. Eine Rechtssetzung würde dem Finanzplatz Schweiz Vorteile verschaffen, und es gäbe im Inland Klarheit über zulässige Typen von Trusts, sagte Sprecher Giovanni Merlini (FDP/TI). (27.02.)
- **Vergütungszins:** Der Bund muss auf vorzeitig gezahlten Bundessteuern keinen Vergütungszins zahlen. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Finanzkommission mit 97 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorstoss ist damit erledigt. Das Finanzdepartement hatte den Zinssatz per Anfang Jahr von 0,25 Prozent auf Null gesenkt. Die Nationalratskommission wollte den Bund nun beauftragen, wieder einen Vergütungszins von mindestens 0,25 Prozent zu zahlen. Finanzminister Ueli Maurer stellte sich dagegen. Er wies auf die Marktverhältnisse mit tiefen Zinsen und Negativzinsen hin. "Es kann nicht Aufgabe des Bundes sein, Bank zu spielen," sagte er. (27.02.)
- **Steuerwettbewerb:** Der Nationalrat will den Bundesrat nicht beauftragen, die Entstehung und die Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz analysieren zu lassen. Er hat ein Postulat der SP-Fraktion abgelehnt. Margret Kiener Nellen (SP/BE) wies darauf hin, dass der Steuerwettbewerb weder in der Bundesverfassung noch in einem Gesetz als Ziel oder Massnahme genannt werde. Damit stelle sich die Frage, wie es dazu gekommen sein, dass sich die Kantone einen "erbarmungslosen" Wettbewerb um die tiefsten Steuersätze lieferten. Der

Nationalrat folgte aber dem Bundesrat, der argumentierte, die Entstehung und die Auswirkungen des Steuerwettbewerbs seien gut dokumentiert. Ebenso lehnte der Rat eine Motion von Barbara Gysi (SP/SG) ab, die verlangt hatte, die Steuerbelastung innerhalb einer Bandbreite zu regeln und damit den Steuerwettbewerb zu entschärfen. (27.02.)

- **Managerlöhne:** Topmanager sollen nicht offenlegen müssen, wie viel Steuern sie zahlen. Der Nationalrat hat eine Motion von Jacques-André Maire (SP/NE) abgelehnt. Dieser forderte steuerliche Transparenz ab einem bestimmten Einkommen. Diese Massnahme könnte auch das Verständnis für den Nutzen hoher Einkommen fördern, argumentierte er. Finanzminister Ueli Maurer dagegen befand, Transparenz würde nur die "Neidkultur" fördern. Der Schutz der Privatsphäre sei wichtig, sagte er. Es gehe nicht an, jemanden an den Pranger zu stellen, nur weil er viel verdiene. (27.02.)
- **Zuwanderung:** Der Bundesrat muss nicht dafür sorgen, dass die Anstellung von Schweizer Staatsangehörigen in der Bundesverwaltung und in Bundesbetrieben Priorität hat. Der Nationalrat hat einen Vorstoss von Roger Golay (MCG/Genf) abgelehnt. Bundesrat Ueli Maurer erinnerte an die Beschlüsse des Parlaments zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und stellte fest, dass der Wortlaut der Motion nach Meinung des Bundesrates nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen kompatibel sei. Er gab auch zu bedenken, dass weniger als fünf Prozent aller Angestellte des Bundes ausländischer Nationalität seien. (27.02.)
- **Mehrwertsteuer:** Der Nationalrat will den Mehrwertsteuer-Satz für Restaurants nicht von 8 auf 2,5 Prozent respektive für Hotels von 3,8 auf 2,5 Prozent senken. Er lehnte eine Motion von Heinz Brand (SVP/GR) mit 97 zu 89 Stimmen und bei 5 Enthaltungen ab. Finanzminister Ueli Maurer wandte ein, dass mit der Motion bei gastgewerblichen Leistungen die Steuerverluste zwischen 700 bis 750 Millionen Franken im Jahr betragen - ohne alkoholische Getränke. Hinzu kämen 60 Millionen Franken bei den Beherbergungsleistungen. (27.02.)
- **Eigenmietwert:** Wohneigentümer sollen nicht wählen dürfen, ob sie den Eigenmietwert versteuern oder nicht und dafür auf Abzüge verzichten. Der Ständerat hat eine Motion von Hauseigentümer-Präsident und Nationalrat Hans Egloff (SVP/ZH) abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch, doch wird das Thema die Räte weiterhin beschäftigen. Die Wirtschaftskommission des Ständerates hatte sich nämlich grundsätzlich für einen Systemwechsel ausgesprochen. Weil sie mit dem Vorschlag Egloffs für ein Wahlrecht nicht einverstanden war, beschloss sie, das Anliegen in einer parlamentarischen Initiative neu zu formulieren. (28.02.)
- **Währungsfonds:** Die Schweiz soll rund 690 Millionen Franken bereitstellen, damit der Internationale Währungsfonds (IWF) armen Ländern günstige Kredite vergeben kann. Der Ständerat hat als Erstrat diskussionslos zugestimmt. Es geht um eine Garantie zu einem Darlehen an den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum. Weil für Wechselkursschwankungen ein Puffer von 113 Millionen Franken vorgesehen ist, beläuft sich der beantragte Verpflichtungskredit auf 800 Millionen Franken. (28.02.)
- **Zoll:** Die Kosten für Stichprobenkontrollen am Zoll sollen künftig nicht mehr die Betroffenen tragen, sondern alle Kunden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer entsprechenden Motion oppositionslos zugestimmt. Öffnet die Post im Auftrag des Zolls ein zufällig ausgewähltes Paket aus dem Ausland, muss heute der betroffene Kunde dafür bezahlen. Die Post stellt dem Kontrollierten eine Gebühr von 13 Franken in Rechnung. Mit der Motion erklärte sich auch der Bundesrat einverstanden. (28.02.)
- **Rechnungslegung:** Der Bundesrat soll beauftragt werden, die Rechnungslegung so anzupassen, dass ein Bild des Finanzhaushalts erscheint, welches möglichst weitgehend der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entspricht. Dies verlangt eine Motion von Peter Hegglin (CVP/ZG), die der Ständerat einstimmig angenommen hat. In der Finanzierungsrechnung würden im Unterschied zur Erfolgsrechnung nicht Aufwand und Ertrag, sondern Ausgaben und Einnahmen

ausgewiesen, erklärte Hegglin. Dies habe zur Folge, dass der Bund sein Ergebnis nicht periodengerecht darstelle. Der Bundesrat hatte die Annahme der Motion empfohlen. (28.02.)

- **Schuldenbremse:** Der Ständerat hat die Beratung über eine Motion zum Thema Schuldenbremse vertagt. Sie will abwarten, bis ein Bericht zum selben Thema vorliegt und die Diskussionen dann zusammenlegen. Bis dann könnten auch die Befunde einer Expertengruppe vorliegen, welche die Regeln der Schuldenbremse überprüfen muss. Die kleine Kammer stimmte für einen entsprechenden Ordnungsantrag von Konrad Graber (CVP/LU). Die Kommission des Nationalrats verlangt, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nicht aufgeweicht werden darf. Sie will den Bundesrat beauftragen, eine Anpassung der bisherigen Regeln auf Gesetzesweg auszuschliessen. Der Nationalrat hatte in der Wintersession bereits grünes Licht zum Vorstoss gegeben. (28.02.)
- **Staatliche Betriebe:** Der Ständerat will bei Unternehmen im Eigentum oder mit Beteiligung der öffentlichen Hand nicht prüfen, wie die Aufteilung von Regulierung, Ausführung und Kontrolle gewährleistet werden kann. Er lehnte ein Postulat von Ruedi Noser (FDP/ZH) ab. Noser hatte argumentiert, dass es ohne Entflechtung von Regulierung, Ausführung und Kontrolle Interessenkonflikte geben könne. Ebenso könnte es in der Zukunft Konflikte geben mit internationalen Verträgen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab. Finanzminister Ueli Maurer erinnerte an die bisherigen pragmatischen Wege. Der Bundesrat habe Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten aufgestellt. (28.02.)
- **Kindesunterhalt:** Der Ständerat will den Bundesrat nicht beauftragen, die steuerliche Ungleichbehandlung von Unterhaltsbeiträgen für minderjährige und volljährige Kinder zu beseitigen. Er hat eine Motion von Didier Berberat (SP/NE) mit 27 zu 15 Stimmen abgelehnt. Unterhaltsbeiträge für ein minderjähriges Kind können heute von den Steuern abgezogen werden - im Gegensatz zu Unterhaltsbeiträgen für ein volljähriges Kind. Finanzminister Ueli Maurer räumte ein, dass es zu Ungerechtigkeiten komme. Kein System könne aber allen möglichen Situationen gerecht werden, gab er zu bedenken. Grundsätzlich habe sich das geltende System bewährt. Der Bundesrat möchte daher nicht das Gesetz ändern, sondern Lösungen für Härtefälle finden. (28.02.)
- **Sanierungen:** Der Ständerat hat mehrere Vorstösse abgelehnt, die fiskalische Anreize für energetische Sanierungen forderten. Es handelte sich um Standesinitiativen der Kantone Aargau und Graubünden sowie Motionen aus dem Nationalrat. Die Vorstösse zeichneten sich dadurch aus, dass sie relativ alt seien, stellte der Kommissionssprecher fest. Die Forderungen seien im Rahmen der Diskussion zur Energiestrategie 2050 intensiv diskutiert und teilweise umgesetzt worden. (28.02.)
- **Informatik I:** Eine Motion zur Zentralisierung der IT-Leistungserbringer in der Bundesverwaltung ist nach der Zustimmung des Ständerates vom Tisch. Der Bundesrat hatte die Abschreibung beantragt, unter anderem weil in der Zwischenzeit auf freiwilliger Basis schon weitgehende Zentralisierungen stattgefunden hätten. Anita Fetz (SP/BS), Präsidentin der Finanzkommission, merkte im Rat allerdings an, dass mangels Kompetenzen der Querschnittämter "in Bezug auf die optimale Zentralisierung noch nicht alles im Lot" sei. Finanzminister Ueli Maurer sagte, das Problem sei nach wie vor aktuell, und beim Bund arbeite man daran. (28.02.)
- **Informatik II:** Das Parlament hat eine Motion abgeschrieben, die Zuständigkeiten im Bereich von Informatik und Telekommunikation geklärt haben wollte. Die Finanzkommission des Ständerates betrachtete die Motion als erfüllt und empfahl der kleinen Kammer die Abschreibung. Diese beschloss der Ständerat oppositionslos. Gleiches tat er mit einer zweiten Motion zur Steuerung der Informatiklösung SAP in der Bundesverwaltung. Der Bundesrat hatte den Antrag auf Abschreibung der 2010 eingereichten Motionen mit einer Anpassung der Bundesinformatikverordnung per Anfang 2012 begründet. (28.02.)

- **Mehrwertsteuer:** Von Gemeinwesen ausgerichtete Subventionen sollen nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, wenn sie zur Erfüllung grundlegender gesetzlicher Aufgaben ausgerichtet werden. Im Vorstoss aus dem Ständerat, den der Nationalrat nun überwiesen hat, werden als Beispiele die Schutzwald-Pflege oder der Betrieb einer Feuerwehr zur Strassenrettung auf Bundesstrassen genannt. In diesem Fall gehen Bundesmittel zu Kantonen und von diesen zu Gemeinden oder zu einer privaten Organisation. Der Bundesrat erklärte sich mit dem Anliegen einverstanden. (08.03.)
- **Ukraine:** Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 3. März eine erste Tranche des Währungshilfekredits an die Ukraine überwiesen. Das sagte Finanzminister Ueli Maurer in der Fragestunde des Nationalrates. Der Bundesrat hatte 2015 in Absprache mit der SNB beschlossen, dass sich die Schweiz gestützt auf das Gesetz über die internationale Währungshilfe mit einem Kredit von 200 Millionen US-Dollar an den Bemühungen zur Stabilisierung der Ukraine beteiligt. Der Bund garantiert der SNB die fristgerechte Rückzahlung und Verzinsung. (13.03.)
- **Steuerreform:** Der Widerstand von Städten und Gemeinden war ein wichtiger Grund für das Scheitern der Unternehmenssteuerreform III. Im Steuerungsorgan, das eine neue Vorlage vorbereiten soll, sind die Kommunen aber nicht vertreten. Finanzminister Ueli Maurer verteidigt das Vorgehen. Das Steuerungsorgan habe sich am 2. März konstituiert, sagte er in der Fragestunde des Nationalrats. Die Städte und Gemeinden würden eng in dessen Arbeiten einbezogen. Eine erste Anhörung habe bereits stattgefunden. Die direkten Ansprechpartner des Bundes seien immer die Kantone, sagte Maurer. (13.03.)
- **Steuerflucht:** Multinationale Konzerne sollen ihre Gewinne nicht länger in Tiefsteuermätern verschieben können. Der Ständerat hat als Erstrat einer multilateralen Vereinbarung und dem Gesetz zu deren Umsetzung zugestimmt. Künftig sollen die Unternehmen jedes Jahr in einem Bericht aufzeigen, in welchem Land sie wie viel Umsatz gemacht und Steuern gezahlt haben. Diese länderbezogenen Berichte sollen mit anderen Staaten automatisch ausgetauscht werden. Es handelt sich um eine Massnahme des OECD-Aktionsplans BEPS zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und -verlagerung. Im Rat zeigten sich viele kritisch. Die Mehrheit vertrat aber die Auffassung, dass die Schweiz schlechter dastünde, wenn sie nicht mitmachen würde. (16.03.)
- **Frankenstärke:** Schweizer Kreditinstituten soll es nicht verboten werden, den Zinssatz für KMU zu erhöhen, welche von einer Bürgschaft des Bundes unterstützt werden. Cesla Amarelle (SP/VD) wollte den Bundesrat mit einer Motion beauftragen, das Gesetz entsprechend anzupassen und damit im Kontext der Frankenstärke das Bürgschaftswesen zugunsten der KMU stärken. Der Nationalrat versenkte den Vorstoss mit 136 zu 57 Stimmen. (16.03.)
- **Geldpolitik:** Der Nationalrat will, dass der Bundesrat prüft, ob in der Schweiz ein Beteiligungsfonds geschaffen werden kann. Der Fonds soll vorab Investitionen in exportorientierte Betriebe ermöglichen und neue Möglichkeiten für Investitionen eröffnen. Er nahm dazu ein Postulat von Gerhard Pfister (CVP/ZG) an. Pfister hatte von einem Investitionsnotstand gesprochen. Pensionskassen und Nationalbank sässen auf riesigen Geld-Beständen. Investiert werde vor allem in Immobilien. Die Nationalbank habe zudem grosse Devisenreserven. Pfister verlangte deshalb, über einen neuen Beteiligungsfonds nachzudenken. (16.03.)
- **Stabilisierungsprogramm:** In den Schlussabstimmungen hiessen die eidgenössischen Räte mit 139 zu 55 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 36 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) das Gesetz über das Stabilisierungsprogramm gut, das Sparmassnahmen im Umfang von 755 Millionen Franken im Jahr 2018 und von 820 Millionen Franken im Jahr 2019 vorsieht. (17.03.)
- **Tabaksteuergesetz:** Mit 148 zu 39 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Nationalrat) und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) verabschiedeten die eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen das Tabaksteuergesetz, mit dem der

Wasserpfeifentabak bei der Besteuerung mit Feinschnitttabak gleichgestellt wird. (17.03.)

- **Steuerharmonisierungsgesetz:** Der Nationalrat (mit 197 zu 0 Stimmen) und der Ständerat (mit 45 zu 0 Stimmen) verabschiedeten in den Schlussabstimmungen Änderungen des Steuerharmonisierungsgesetzes, mit welchen die Besteuerung von Maklerprovisionen vereinheitlicht wird. (17.03.)
- **Finanzkontrollgesetz:** In den Schlussabstimmungen genehmigten der Nationalrat (mit 195 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 45 zu 0 Stimmen) eine Revision des Finanzkontrollgesetzes, mit der der Direktor der Finanzkontrolle mehr Kompetenzen erhält. (17.03.)